

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



**13. Mai 2007: Geht hin -
damit die Stadtmusikanten in Bremen bleiben.**

Einst kamen sie, die Stadtmusikanten nach Bremen. Weil es besser war, hier zu leben und zu arbeiten. Es wuchs ein weltoffenes „Ländchen“ mit Freiheit, Toleranz und nicht zuletzt sozialen Strukturen und lebendiger Demokratie. Dieses Bremen ist erhaltenswert.

Deswegen keine Stimme für rechtsradikale Parteien.
Zeigt Flagge, damit Bremen lebenswert bleibt.

Geht wählen am 13. Mai 2007



In dieser Ausgabe der **MUMM**:

Aussagen der Spitzen der Bürgerchaftsfraktionen zum öffentlichen Dienst
(Personalrätekonferenz 15. März 2007)



„Ohne uns könnt ihr hier doch gar nicht anfangen!“



Die Kolleginnen und Kollegen hören den „Denkanstößen“ gespannt zu



Fast 200 TeilnehmerInnen der Personalrätekonferenz warten mit großem Interesse auf die Aussagen der Spitzen der Bürgerschaftsfraktionen



Die Kolleginnen und Kollegen verfolgen konzentriert die Beiträge der PolitikerIn



15. März 2007 10:30 Ortszeit. Gewerkschaftshaus, 1. Stock, großer Sitzungssaal.

Edmund Mevissen hebt an, die Sitzung zu eröffnen und die Anwesenden zur Personalräteversammlung zu begrüßen. Da scheppert es, vorne rechts beim Fenster.

Heidi Adler im Putzfrauenkittel bahnt sich mit dem Feuchtwischmopp eine Gasse durch den gerammelt vollen Saal. „Füße hoch“, murmelt sie und dann laut: „Ohne uns könnt ihr hier doch gar nicht anfangen!“ und pudelt mit dem Staubwedel über die Füße von Carsten Sieling, der vor ihr sitzt und der ähnlich wie Karoline Linnert und Helmut Pflugradt artig die Füße angezogen hat. Sie moppt weiter und ruft ihrer Kollegin Erna Castens zu: „Wir machen jetzt die Klos“, und zu den Anwesenden gewandt: „Da müsst ihr ja nachher auch noch hin“, verlassen die beiden unter großem Beifall den Saal.



Artig hebt Dr. Carsten Sieling für die Raumpflegerinnen die Füße



Gebärdendolmetscherinnen übersetzen für die hörgeschädigten Kolleginnen und Kollegen



Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Edmund Mevissen eröffnet die Personalrätekonferenz am 15. März 2007

Dokumentation der Personalrätekonferenz vom 15. März 2007 zum Thema Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst

- + Eine Zukunft für Bremen - Rotstifte löschen keine Feuer
- + Gute Arbeit für Bürgerinnen und Bürger
- + Mitbestimmung ist das A und O

mit den Spitzen der Bürgerschaftsfraktionen

Dr. Carsten Sieling (Fraktionsvorsitzender SPD)
Helmut Pflugradt (stellv. Fraktionsvorsitzender CDU)
Karoline Linnert (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)

liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mal ehrlich: Die Personalräteversammlung mit den Spitzen der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft am 15. März hatte etwas. Ein gelungener Mix aus Positionsdarstellung der Interessenvertretungen zum öffentlichen Dienst, politischen Aussagen und visuellen Beiträgen. Und das alles klug moderiert von Doris Hülsmeier und Burckhard Radtke.

Dank der KnipserInnen und FilmerInnen konnten wir die Konferenz sogar für die Ewigkeit konservieren: Hier in der **MINIMUM** und auch auf DVD (zu haben beim Gesamtpersonalrat, Telefon: 361-2215 oder E-Mail: mumm@gpr.bremen.de).

Die Personalräte und VertreterInnen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben unmissverständlich klargemacht: Der öffentliche Dienst hat eine enorme Bedeutung für ein attraktives und lebenswertes Bremen, für die Umsetzung von Politik und für die Sicherung unserer Demokratie.

Es gab wichtige Aussagen für die Zukunft: Alle drei Parteien schließen betriebsbedingte Kündigungen und eine Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes aus. Das sind wichtige Rahmenbedingungen für die Zukunft des bremischen öffentlichen Dienstes. Auch die Privatisierungsbegeisterung der großen Koalition ist offenbar endlich einer wirklichkeitsnahen kritischen Betrachtung gewichen. Weitere Privatisierungen sind nicht angekündigt, statt dessen soll an einer verbesserten Steuerung gearbeitet werden. Das wird auch Zeit.

Der finanzielle Rahmen jedoch, darin waren sich Carsten Sieling, Helmut Pflugradt und Karoline Linnert einig, bleibt eng. Das sehen wir anders: Wichtige Dinge müssen auch finanziert werden. Wie gesagt: Rotstifte sorgen nicht für Kinder, beraten keine Arbeitslosen und löschen keine Feuer!

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Sieling



Denkanstoß zur Mitbestimmung:
„Das Bremische Personalvertretungsgesetz ist wichtig. Es muss aber auch gelebt werden. Wir brauchen die Mitbestimmung für gute Qualität der Leistungen und für zufriedene, motivierte Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen die Beteiligung der Beschäftigten in Veränderungsprozessen.“

MUMM

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-
gemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtlich verantwortlich:

Edmund Mevissen,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Peter Garrelmann, Irmtrud Gläser, Doris
Hülsmeier, Elke Kosmal-Vöge, Bernd Krause,
Burkhard Winsemann und Yasmina Wöbbekind
Fotos: Thomas Hasper, Manfred Soboll
Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

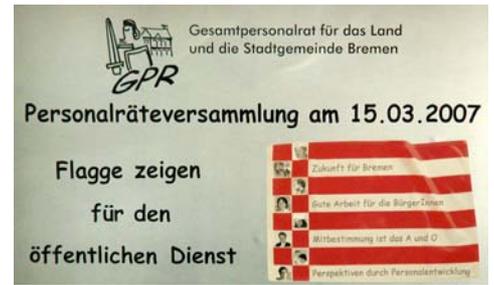
Druck: Druckerei Senator für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint
im Oktober 2007

Redaktionsschluss ist der 15. Sept. 2007

Vor der Wahl

SpitzenpolitikerIn auf der Personalrätekonferenz



Moderator Burckhard Radtke

Der Andrang ist groß: An die 200 InteressenvertreterInnen des bremischen öffentlichen Dienstes sind in den Clara-Zetkin-Saal des Gewerkschaftshauses geströmt.

Edmund Mevissen begrüßt die Fraktionsspitzen der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien zu dieser Veranstaltung unter dem Motto „Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst“. Der öffentliche Dienst stehe für die Zukunft der Stadt, so Mevissen. Er hebt dessen Vielfalt und Bedeutung für die Einzelnen und die Gesellschaft hervor. Er betont die gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger und führt allen vor Augen, dass Rotstifte keine Kinder betreuen, keine Arbeitslosen beraten und keine Feuer löschen. Gleichzeitig macht er deutlich, dass Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten wichtige Bedingungen für öffentliche Dienstleistungen sind.

Diese Veranstaltung - so Mevissen - dient dazu zu hören, „was die Politiker wollen und ihnen mitzuteilen, was unsere Auffassung ist.“

Die Themenblöcke werden immer eingeleitet durch einen Kurzfilm. Jeweils im Anschluss daran beantworten Carsten Sieling, Helmut Pflugradt und Karoline Linnert Fragen der Moderation (Doris Hülsmeier und Burckhard Radtke). Jeder Block wird abgeschlossen durch Denkanstöße für die PolitikerIn aus den Reihen der Interessenvertretungen (siehe Seite 6 und 7).

Wir dokumentieren ein paar Schlaglichter aus den Äußerungen der PolitikerIn. Um Unterschiede herauszufinden, muss man manchmal „zwischen den Zeilen“ lesen.

Zur Bedeutung des öffentlichen Dienstes

Karoline Linnert bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Zustimmung zur Demokratie und zum Staat davon abhängt, wie sich der öffentliche Dienst präsentiert. Daraus leitet sie die Frage ab: „Wie kriegen wir es hin, Ihre Arbeitsbedingungen so zu machen, dass Sie freundlich, aufgeschlossen und bürgernah arbeiten können?“ Gleichzeitig verweist sie einschränkend auf den hohen Kürzungsdruck, dem der öffentliche Dienst auch künftig unterworfen sein wird.



Aus Sicht von **Carsten Sieling** ist der öffentliche Dienst ein zentrales Instrument, um gesellschaftliche Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren. Er stellt fest,

dass es durch die anhaltenden Kürzungen „richtige Einbrüche in verschiedenen Bereichen gibt, die nicht mehr darstellbar und richtig sind“. Er glaubt, „dass wir an einer Wegscheide stehen, wo es eher zu einem Comeback des Staates und damit auch des öffentlichen Dienstes kommen wird“, und er will dafür auch alles tun.

Helmut Pflugradt betont, dass „ein guter öffentlicher Dienst die Voraussetzung für eine optimale Politik ist“, und deswegen füllt der öffentliche Dienst für ihn eine notwendige und wichtige Funktion aus. Aus seiner Sicht wird man in bestimmten Bereichen etwas tun müssen, was wirklich notwendig ist und andererseits feststellen müssen, dass die Wünsche nicht alle erfüllbar sind.

Zur Frage der Privatisierungen

Karoline Linnert spricht sich ebenso wie **Carsten Sieling** für die Rückführung der Fremdreinigung in Eigenreinigung aus.

Helmut Pflugradt und **Carsten Sieling** sind sich darin einig, dass das Rückholen der privatisierten Gesellschaften in den öffentlichen Dienst grundsätzlich nicht zur Diskussion steht, sie sehen aber Nachholbedarf



bei der Steuerung der ausgegliederten Bereiche. **Carsten Sieling** geht allerdings etwas weiter. Er hält eine Überprüfung der Struktur der Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH für erforderlich.

Karoline Linnert ist entschieden dagegen, dass hoheitliche Aufgaben in privater Rechtsform erbracht werden und hält deren Rückführung für geboten.

Gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger

Karoline Linnert versichert, dass sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Wertschätzung und mit Achtung gegenüber ihrer Kompetenz begegnet. Veränderungen des öffentli-



chen Dienstes kann sie sich nur gemeinsam mit den Beschäftigten vorstellen und weist Vorgehensweisen „à la Roland Berger“ zurück.

Aus Sicht von **Carsten Sieling** passt die Rasenmäher-Philosophie der „Personalentwicklungsplanung“ nicht mehr zur Realität. Dort, wo die Dienstleistungen unmittelbar erbracht werden, „das sind die Sektoren, wo wir richtig ran müssen“.

Helmut Pflugradt betont die absolute Notwendigkeit, im Rahmen der



Föderalismusreformdiskussion Veränderungen zugunsten Bremens herbeizuführen.

Carsten Sieling setzt für den Bereich der Beamtinnen und Beamten auf die vom DGB in Bremen zum Beamtenrecht eingeleitete Reform „Verhandeln statt Verordnen“.

Helmut Pflugradt strebt für die Beamtinnen und Beamten eine Angleichung der Bezüge an die tarifliche Entwicklung an.

Karoline Linnert spricht sich für tarifliche Sonderregelungen in Bremen aus. Für den Beamtenbereich warnt sie

davor, aus dem norddeutschen Verbund auszubrechen.

Alle drei schließen ausdrücklich betriebsbedingte Kündigungen aus.

Mitbestimmung ist das A und O

Auf die Frage, wie es die Parteien mit der Mitbestimmung halten, in Anbetracht dessen, dass die CDU in NRW eine drastische Verschlechterung des Gesetzes vorantreibt, entgegnet **Helmut Pflugradt**, dass die CDU in Bremen gerade beschlossen hat, das Bremische Personalvertretungsgesetz nicht ändern zu wollen. **Karoline Linnert** sieht keinen Veränderungsbedarf an diesem Gesetz. Sie kritisiert, dass es einen Volkssport unter Managern gibt, das eigene Führungsversagen auf die Mitbestimmungsregelungen abzuschieben. **Carsten Sieling** betont die Sicherung und Stärkung der Mitbestimmungsrechte, die eine wesentliche Voraussetzung für gute Dienstleistungen sind.

Peter Erlanson, als Betriebsrat des Klinikums Links der Weser eingeladen, äußert sich als Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“. Er bezeichnet die Beteiligung der Beschäftigten, die Mitbestimmung und deren teilweisen Ausbau als elementar. Aufgrund der Kürze seines Redebeitrages verweist er hinsichtlich der Programmpunkte auf die Internetseite seiner Partei.



Moderatorin Doris Hülsmeier

Anschließend überreicht die Personalratsvorsitzende Daniela Rodriguez von der Werkstatt Bremen Karoline Linnert, Carsten Sieling und Helmut Pflugradt eine Einladung von Personalräten verschiedener Dienststellen an die Parteien, sich die dortigen Arbeitsverhältnisse anzuschauen.



Zum Abschluss betont Edmund Mevissen erneut die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für Bremen und seine Bürgerinnen und Bürger. Er ermuntert die Anwesenden, die Eindrücke aus dieser Veranstaltung mit ihren Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu diskutieren. Und er bringt zum Ausdruck, wie wichtig es ist, am 13. Mai in Bremen wählen zu gehen.

DENKANSTÖSSE für die Politik

Marina Hermeyer, Vors. PR Sen. f. Bau, Umwelt u. Verkehr



Arbeits- und Gesundheitsschutz sind unverzichtbare Bestandteile eines modernen Personalmanagements, gerade in diesen Zeiten der erhöhten Anforderungen an uns Beschäftigte.

Elke Baumann, städt. Vors. PR Schulen



Die Beschäftigten der öffentlichen Schulen im Land Bremen arbeiten Tag für Tag daran, dass Bildung kein Privileg bleibt für Kinder mit Eltern aus bevorzugten Schichten.

Jürgen Schomacker, Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten



Jahr für Jahr „produzieren“ wir im öffentlichen Dienst schwerbehinderte Menschen. Die Ursachen dafür haben auch mit den Rahmenbedingungen an den Arbeitsplätzen zu tun.

Gerd Rippe, Vors. PR Polizei Bremen



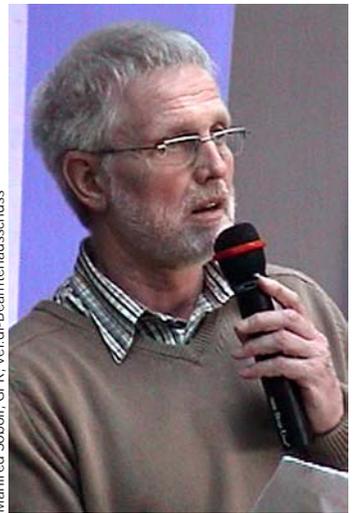
Weil die Arbeit bei der Polizei immer umfangreicher und komplexer wird, brauchen wir eine hoch qualifizierte und umfangreiche Ausbildung sowie eine deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei.

Jörn Kretzireck, Vors. des APR BBIG



Die Auszubildenden bei der Ausbildungsgesellschaft der Stadt (ABiG) erhalten nur eine um ein Drittel geringere Ausbildungsvergütung! Und sie haben keinerlei Mitbestimmungsrechte! Dabei arbeiten sie an einer guten Ausbildung. Ich halte die Zustände in der ABiG für ungerecht und undemokratisch.

Manfred Soboll, GPR, ver.di-Beamtenausschuss



Wer anständige Arbeit verlangt, muss auch Teilhabe ermöglichen. Diese Aussage des Bürgermeisters Jens Böhrnsen am 8.12.2005 in diesem Saal hat mich sehr zuversichtlich gestimmt. Die Zeit ist reif für eine Reform des Beamtenrechts.

Winfried Noske, DSIG, Vors. PR Finanzamt Ost



Es ist einfach nicht nachvollziehbar, dass die Personalkürzungen in der Steuerverwaltung fortgesetzt werden und somit auf Einnahmeverbesserungen durch Betriebsprüfungen verzichtet wird.

Bernhard Esters, Vors. PR Stadtgrün



Unsere KollegInnen von Stadtgrün sind immer schwer „in action“. Es gibt viel zu tun, das ganze Jahr über. Wir machen diesen Job gerne, er macht uns Spaß. Auch bei GeoInformation und GTM sind keine MitarbeiterInnen über.

Nicoletta Witt, PR Landesinstitut für Schule



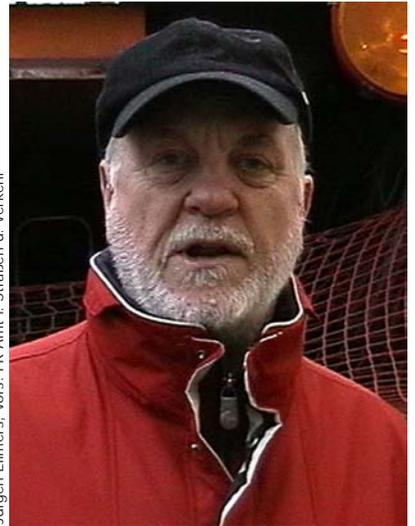
Ich habe den Eindruck, dass Personalräten, die eine Dienststelle mit weniger als 300 MitarbeiterInnen vertreten, die Zeit für das kritische Prüfen von Maßnahmen genommen werden soll. Nehmen Sie Ihre Entscheidung zur Freistellungsgrenze zurück!

Horst Göbel, Vors. GdP Bremen



Polizei und mit ihr der gesamte öffentliche Dienst tragen dafür Sorge, dass wir in einem Rechtsstaat leben und die Regeln und Normen unserer Zivilgesellschaft eingehalten werden.

Jürgen Ellmers, Vors. PR Amt f. Straßen u. Verkehr



Wir im ASV machen einen guten Job auf den Bremer Straßen. Wir sorgen bei Nacht und Nebel, Eis und Schnee dafür, dass die BürgerInnen sicher von A nach B kommen.

Wiltrud Sossna, GPR, PR Kita Bremen



Für gute, qualifizierte Arbeit in unseren Kitas reicht eine Erzieherin in einer Gruppe mit 20 Kindern nicht. Und wir brauchen sichere Arbeitsplätze mit einer Bezahlung, von der die KollegInnen leben können.

Marita Rosenow, stell. Vors. ver.di-Landesbezirk HB-Nds.



Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst heißt aus Sicht von ver.di ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Flächentarifvertrages im öffentlichen Dienst und zur Gleichbehandlung aller Beschäftigten. Dazu zählt auch die Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten.

Christiane Renzelmann, Vors. PR Amt für Soziale Dienste



Das Amt für Soziale Dienste steht für sozialen Schutz der Menschen, für Chancengleichheit und für die Sicherung von Teilhabe am öffentlichen Leben.

Lars Hartwig, Vors. PR Feuerwehr Bremen



Feuerwehr, Polizei und Justizvollzug arbeiten rund um die Uhr. Wir machen eine gute Arbeit und müssen unsere Leistungen nicht verstecken.

Saskia Coenraats, FB Werkstatt Bremen



Wir Beschäftigte im Martinshof geben 1.700 Menschen mit Behinderungen eine Lebensperspektive und Arbeit. Darauf sind wir stolz.

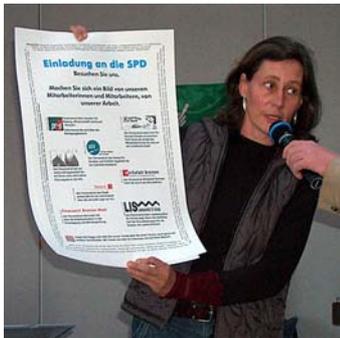
Heidi Adler, stellv. Vors. GPR



Raumpflegerinnen und Hausmeister sorgen für saubere, hygienische und damit gesunde Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Über alles betrachtet ist unsere Arbeit wirtschaftlicher als die der privaten Firmen mit ihren meist miesen Arbeitsbedingungen.



Gut besuchte Personalrätekonferenz am 15. März 2007



Kollegin Daniela Rodriguez verteilt die Einladungen der Personalräte an die PolitikerIn...



...und jetzt studieren sie ihre Einladung zur Besichtigung der Dienststellen und Betriebe



Edmund Mevissen unterstreicht die Bedeutung des öffentlichen Dienstes



Flagge zeigen: Ein deutliches Zeichen für den öffentlichen Dienst